

Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 27/17

► Kalifornien setzt Glyphosat auf Index

Der als Agrarproduzent führende US-Bundesstaat stuft den höchst umstrittenen Unkrautvernichter als potenziellen Krebsverursacher ein. Am 7. Juli soll Glyphosat auf eine rote Liste gesetzt werden. Ein schwerer Rückschlag für den Saatgutriesen Monsanto. Der US-Konzern wurde im September 2016 für 66 Milliarden Dollar von Bayer übernommen. Das Pestizid Glyphosat wird in Deutschland eingesetzt. Die WHO hält es für »wahrscheinlich krebserregend«. Die EU lässt die Verbraucher in den Mitgliedsländern im Stich. Die EU-Behörde *Efsa* stuft den Unkrautvernichter als ungefährlich ein. Die Kommission will das Pestizid für weitere zehn Jahre zulassen.

► Zeit agitiert gegen impfkritisches Urteil des EuGH

»Impfschaden anerkannt, ohne Beweise« lautet die Schlagzeile in der Wochenzeitung, mit folgendem Zusatz im Vorspann des haarsträubenden Artikels: *»Einem Mann, der nach Hepatitis-B-Impfungen Multiple Sklerose bekam, wurde posthum vom EuGH Schadenersatz zugesprochen: ohne Beweis, dass die Impfung die Ursache war.«*

Wer das liest, hält die Richter für bekloppt und die schlimmen Impffolgen für puren, frei erfundenen Unsinn. Der Zusammenhang zwischen der Hepatitis-Impfung und MS sei *»sogar hochgradig unwahrscheinlich«* heißt es in dem Artikel, der das EuGH-Urteil als *»waghalsig«* bezeichnet. Doch der Zeit-Artikel lässt komplett außer Acht, dass der Verdacht eines Zusammenhangs zwischen der Impfung und Multipler Sklerose in Frankreich konkret schon seit Jahren besteht und überdies in der US National Library of Medicine nachzulesen ist. (Siehe <https://tinyurl.com/y864k59b>) Das Urteil des EuGH legt im Übrigen genaue Kriterien für den Befund eines Impfschadens fest. *Natural News* hat dazu einen ausführlichen Bericht: <https://ffinyurl.com/y7bunnv2>.

► Keine weitere Finanzkrise?

Die ehemalige Chefin der US-Notenbank (Fed), Janet Yellen, sagt vorher, es werde zu ihren Lebzeiten keine Finanzkrise mehr geben. Der Ausspruch kommt kurz nachdem in Italien weitere Banken gerettet werden mussten, Börsen und Immobilienmärkte unfassbare Höhen erreicht haben und die Kapitalmärkte von den Notenbanken mit einer nie dagewesenen Menge billigen Geldes in Stimmung gehalten werden. Das erinnert an die fabelhafte Einschätzung von Milton Friedman Ende 2005: *»Die Wirtschaft ist stabiler, als sie es je in unserer Geschichte war, wir sind wirklich in einem bemerkenswerten Zustand ... Die USA haben noch nie so gut*

ausgesehen, es gab keine Zeit, zu der wir so viel Wohlstand und Zuwächse auf breiter Front hatten wie in den letzten 10-15 Jahren.«

► **Mieten in Köln steigen 6,3 Prozent**

Den Deutschen sei es noch nie so gut gegangen wie heute, behauptete zu Jahresbeginn Joachim Gauck. Wer Augen im Kopf hat, kann ihm das nicht glauben. Vor allem Mieter, die in Deutschland mit Mietsteigerungen von einem Mehrfachen der Zuwächse bei den Reallöhnen konfrontiert sind. Der Anstieg von 6,3 Prozent in Köln dürfte unter deutschen Großstädten kein Ausreißer sein. Die Hälfte der Deutschen lebt in Regionen, wo sich selbst Normalverdiener kaum noch die Miete leisten können. Währenddessen beschäftigt sich der Bundestag aber mit der Ehe für alle. Das sind die Prioritäten der politischen Kaste im Wahljahr 2017. Während der Bau von Sozialwohnungen hierzulande weitgehend zum Stillstand gekommen ist, steckt allein die Stadt Wien mehr Geld in den öffentlichen Wohnungsbau als ganz Deutschland.

► **Meinungsfreiheit als Willkürwerkzeug:**

Wenn erboste Bürger bei der Artikulierung ihrer Meinung im Internet etwas zu viel Galle ausschütten, droht ihnen Zensur. Bei Twitter wird der bekannte Nutzer Kolja Bonke gesperrt, weil er aus Polizeiberichten über Gewalttaten von Asylbewerbern zitierte. Hier können die Internetgiganten unter dem Druck zensurfreudiger Politiker wie Heiko Maas — die Meinungsfreiheit nicht eng genug fassen. Ganz anders ist das aber, wenn es um wirtschaftliche Interessen geht: Der kanadische Telekomausrüster *Equustek Solutions* erwischte ein Unternehmen, das die Originalprodukte von *Equustek online* als seine eigenen vermarktete. Google sperrte zahlreiche Seiten. Der wich jedoch ins Ausland aus und machte einfach weiter. *Equustek* forderte Google daraufhin auf, weltweit ALLE Webseiten der Plagiatoren zu sperren. Der Internetkonzern weigerte sich aber, weil er »Bedenken wegen der Meinungsfreiheit« hatte. Gestern so, heute einfach anders, je nachdem, wie die Interessenlage ist. Das zermürbt Vertrauen, bürgerliche Freiheiten und am Ende auch noch die Demokratie.